



## GRÜNE und SPD formulieren gemeinsamen Antrag

**SPD und Grüne haben für die Sitzung des Sozialausschusses der Stadt Gladbeck am 18. November den nachfolgenden gemeinsamen Antrag gestellt.**

Der Sozialausschuss hatte sich mit der Frage einer Umstellung der bisherigen Auszahlungspraxis der Hilfe zum Lebensunterhalt an Flüchtlinge und Asylbewerber auf Sachleistungen bereits in der letzten Sitzung vor der diesjährigen Sommerpause erstmalig befasst. Seinerzeit schlug die Verwaltung eine derartige Umstellung vor. Da es aber seitens der Fraktionen noch Beratungs- und Klä-

rungsbedarf gab, wurde auf eine Beschlussfassung verzichtet.

Zwischenzeitlich haben sich unsere Fraktionen intensiv mit diesem Thema befasst und lehnen eine derartige Umstellung auf Sachleistungen aus verschiedenen Gründen ab. Zum einen wird eine Mittlereinsparung in der von der Verwaltung unterstellten Höhe durch die Umstellung bezweifelt. Zum anderen meinen wir, dass eine solche, reine Sachmittelleistung menschenunwürdig ist, weil sie den Betroffenen jegliche individuelle Lebens-

gestaltung unmöglich macht.

Der inzwischen auch mit dem Thema befasste Ausländerbeirat hat eine Umstellung ebenso abgelehnt wie die Gladbecker Kirchen. Vor diesem Hintergrund befremdet uns, dass die Verwaltung in ihrem vorgelegten Etatentwurf für 2004 ohne positive Beschlussfassung durch irgendein politisches Gremium bereits eine Einsparung in sechsstelliger Höhe vorsieht.

[...]

→ [im Netz weiterlesen](#)



**Artikel 16a, Absatz 1 des deutschen Grundgesetzes: „Politisch Verfolgte genießen Asylrecht“**

## Minister setzt sich für Gladbeck ein

**Erst vor kurzem forderte Nordrhein-Westfalens Bau- und Kulturminister Michael Vesper (GRÜNE) einen Kurswechsel bei der staatlichen Städtebauförderung. Dies insbesondere mit Blick auf Gladbeck. Unterstützung erhält der Minister in dieser Frage jetzt auch von der Architektenkammer.**

"In der Vergangenheit haben wir wiederholt auf die Probleme, mit denen wir vor Ort zu kämpfen haben, aufmerksam gemacht", schildert der Stadt-

verbandssprecher der GRÜNEN, Bernd Lehmann, den Dialog mit der Landesregierung. Lehmann zeigt sich erfreut, dass man mit dem grünen Minister und der Architektenkammer NRW starke Mitstreiter für den Strukturwandel in der Region gewinnen konnte.

Nach Ansicht von Bauminister Vesper sollten die finanziellen Mittel zur Städtebauförderung nicht mehr, wie bislang, nach regionalen Kriterien, sondern

nach Bedürftigkeit verteilt werden. Die Städtebauförderung im Osten Deutschlands würde demnach zugunsten von finanzschwachen Städten stufenweise zurückgefahren. Vesper verwies darauf, dass etliche Viertel in West-Städten mittlerweile in ähnlich marodem Zustand seien wie die ostdeutschen Städte Anfang der 90er Jahre.

→ [im Netz weiterlesen](#)

*„Auf Probleme, mit denen wir vor Ort zu kämpfen haben, haben wir Aufmerksam gemacht!“*

## Grüne Ampeln verbreiten gute Laune

**"Freien Marsch für freie Bürger", darüber sollen sich bald Gladbecks Fußgängerinnen und Fußgänger freuen dürfen. Mit dem leidigen Warten vor roten Ampeln, während Autokolonnen an einem vorbeirauschen, soll es dann ein Ende haben. Um mehr Grün an Fußgängerampeln einzufordern, wandten sich die GRÜNEN an Bürgermeister Eckhard Schwerhoff.**

In ihrem Schreiben bemängel-

ten die GRÜNEN, dass die Ampeln für Fußgänger häufig nur über einen Anforderungskontakt auf grün springen. Dies könne dazu führen, dass Fußgänger auch dann warten müssten, wenn Autofahrer in der gleichen Richtung freigeschaltet werden. "Wir halten das für eine ungerechtfertigte Benachteiligung von Fußgängern und Radfahrern", bemängelte der grüne Fraktionsvorsitzende Mario Herrmann in sei-

nem Schreiben an den Bürgermeister.

Zu der Kritik der GRÜNEN nimmt das Baudezernat Stellung. Priorität habe bei den Signalschaltungen immer die Verkehrssicherheit. "Ziel der Programmplanung ist die schnelle, reibungslose Abwicklung aller Verkehrsarten mit möglichst kurzen Wartezeiten"

→ [im Netz weiterlesen](#)



**Zeigt leider viel zu oft rot: die Fußgängerampel an der Wilhelmstraße**

## Die Bildung ist der Schutz der Frau

**Dass gerade eine Frau afghanischer Herkunft ein Verfahren bis zum Bundesverfassungsgericht für das Recht, ein Kopftuch tragen zu dürfen, geführt hat, ist schwer nach zu vollziehen. In Afghanistan wurden und werden zum Teil immer noch Frauen durch Missbrauch und einseitige Auslegung des Islam vom öffentlichen Leben und von der Bildung ausgeschlossen und hinter Burqas, Mauern und Vorhängen gehalten, erklärt die Stadtverbandsprecherin der GRÜNEN, Müzeyyen Dreessen.**

Ursprünglich war die Bedeckung - auch im

*„Der Glaube darf nicht auf ein Stück Stoff und unsere Männer nicht auf ihre angeblich unbeherrschbare Begierde reduziert werden.“*

Christentum - ein Zeichen dafür, dass die Frau als ehrbare und zu achtende Person in der Öffentlichkeit erkennbar sein sollte. Die Kleidung sollte sie vor Belästigungen schützen. In dem heiligen Buch der Muslime steht, daß die Frau ihre Reize bedecken soll. Aber was die Reize sind, ist auch unter islamischen Gelehrten eine Auslegungssache. Auch für den Mann gibt es Kleider- und Verhaltensvorschriften, aber leider wurden und werden die Bereiche für die Frauen von konservativen Theologen immer noch sehr streng, fast wortwörtlich auf heute übertragen, obwohl in zwischen anerkannte Reform-

theologen eine viel liberalere Auslegung betreiben. Der Glaube darf nicht auf ein Stück Stoff und unsere Männer auf ihre angeblich unbeherrschbare Begierde reduziert werden. Die Gefahr wurde sogar im heiligen Buch gesehen, so daß es an einer anderen Stelle dazu heißt: "Wir haben Euch zwar die Kleidung gegeben, um eure Scham zu bedecken, aber der Glaube im Herzen ist wichtiger." Es gibt keinen Zwang im Islam sich zu bedecken. Anerkannte islamische Theologen aus der Türkei und Frankreich sagen sogar, dass die Frau für eine qualifizierte Ausbildung oder für einen guten Beruf ihr Kopftuch ablegen sollte. Denn die Bildung ist im Islam vorgeschrieben. Das erste Wort der Offenbarung ist, dass der Mensch lesen soll, ob Mann oder Frau, berichtet Dreessen, die außerhalb ihrer Partei als Muslimin auch in der Dialogarbeit aktiv ist.

In einer modernen aufgeklärten Gesellschaft, sei es in Deutschland, aber auch in der Türkei sind Frauen heute nicht mehr in der Situation, dass sie sich in der Öffentlichkeit durch bestimmte Kleidung schützen müssen. Der Schutz der Frau sollte heute ihre Bildung sein. Wenn Frauen aus Glaubensgründen sich trotzdem für die Bedeckung entscheiden, müssen sie mit den Konsequenzen leben, dass sie, wie in der Türkei oder in Frankreich, bald auch hier in einigen Bundesländern nicht in den öffentlichen Dienst aufgenommen werden. Hier geht es um den Kern des Rechtsstaates: um die Trennung von Staat und Religion. In Staatlichen Schulen und Einrichtungen muss gewährleistet sein, daß Men-

schen, egal welcher Herkunft und Religion, nicht durch religiöse Kleidung oder Symbole beeinflusst werden, daß wertfrei und neutral unterrichtet und beraten wird. Die meisten Muslime in der Türkei und auch in Deutschland akzeptieren und verstehen diese Regelung. Die äußeren Zeichen für "gläubig und nicht gläubig", für "ehrbare und nicht ehrbar" oder "rein und unrein" sind heute nicht mehr zeitgemäß und überwunden.

Auf der anderen Seite ist es notwendig, einen europaweit fehlenden Lehrstuhl für islamische Theologie einzurichten und

*Stadtverbandsprecherin Müzeyyen Dreessen nimmt Stellung zum „Kopftuchurteil“ des Bundesverfassungsgerichtes*

in den Schulen islamischen Religionsunterricht als Regelfach in deutscher Sprache für alle Kinder muslimischen Glaubens einzuführen, damit wir in Europa einen liberalen und offenen Islam bekommen. Als eine freie und tolerante Gesellschaft dürfen wir auch nicht davon ausgehen, daß Frauen mit Kopftüchern auch ihren Verstand verschleiern. Gegen eine Tätigkeit in Konfessionellen Einrichtungen, soweit die Träger dies zulassen, ist daher nichts einzuwenden, bemerkt Dreessen.

→ [weitere Infos im Netz](#)



Stadtverbandsprecherin Dreessen



Klägerin für das Kopftuch: die Lehrerin Fereshta Ludin (Quelle: Spiegel-Online)

## GRÜNE stellen Antrag zu Ferienmaßnahmen

**Jedes Jahr führt das Jugendamt erfolgreich Ferienmaßnahmen für Kinder im Alter zwischen 6 - 14 Jahren durch. Wir haben Erkenntnisse, dass diese Angebote, für die eine verbindliche Anmeldung im Vorfeld erforderlich ist, wenig von Kindern aus sozial schwachen Familien und Migrantenfamilien wahrgenommen werden. Ebenfalls wurde von betroffenen Eltern an uns herangetragen, dass sie mehrfach versucht haben, ihre Kinder zu diesen Maßnahmen anzumelden, aber ohne Erfolg. Sobald das Programm erscheint oder man von den Angeboten in der Presse gelesen hat, habe man angerufen, aber die Plätze seien oft schon längst ausgebucht, weiß Stadtverbandsprecherin Müzeyyen Dreessen von Betroffenen.**

Auf der anderen Seite wissen wir, nach unserer Pressemitteilung vom September zu dem Thema, aus Reaktionen und Anrufen in unserem Büro, wie sehr auch berufstätige Eltern auf diese Angebote in den Ferien angewiesen sind, da sie

sich nicht die ganze Zeit Urlaub nehmen können. Wir haben in Erfahrung gebracht, dass in unserer Nachbarstadt Gelsenkirchen unter dem Motto "Ferien am Ort" gerade berufstätigen Eltern die Möglichkeit geboten wird, die Hälfte der Ferienzeit ihre Kinder durch Programme in den Jugendeinrichtungen gut betreut zu wissen. Die Beiträge werden nach Einkommen gestaffelt, berichtet Dreessen.

Die Grünen möchten nun bei der nächsten JHA Sitzung von der Verwaltung des Jugendamtes wissen, wieviele Maßnahmen in Gladbeck durchgeführt werden, wieviele Kinder insgesamt daran teilnehmen, wie hoch der Anteil etwa von bedürftigen Familien und Kindern mit Migrationshintergrund ist, ob die Nachfrage für die Maßnahmen größer ist, als das Angebot und wie das Anmeldeverfahren organisiert ist. Greift die Verwaltung dabei auf die Unterstützung von Multiplikatoren aus Netzwerken, Runden Tischen, Elternvertretern in Schulen und Kindergärten oder Migrantenorganisationen

zurück, fragen die Grünen.

Auch im Hinblick auf die Einsparmaßnahmen auf Landesebene, von denen fast alle Ressorts betroffen sein werden, erscheint es sinnvoll, auf städtischer Ebene die Ferienangebote durch Umstrukturierungen langfristig zu sichern. Denn es zeigt sich, dass Kinder aus Familien, die sich kein Urlaub leisten können und Kinder, wo beide Elternteile berufstätig sind auf diese Angebote besonders angewiesen sind. Denkbar wäre beispielsweise die Einführung gestaffelter Elternbeiträge. Wir glauben, dass Eltern bereit sind, für qualifizierte Betreuung ihrer Kinder auch einen Beitrag zu leisten, statt dass man die Angebote herunterfahren oder gar ganz streichen muß.

Des weiteren sollten, nach Ansicht der Stadtverbandsprecherin, Anmeldemöglichkeiten eröffnet werden, damit Kinder aus verschiedenen sozialen Schichten und verschiedener Herkunft gut gemischt ihre Ferien miteinander verbringen können.



Ferienmaßnahmen sollen langfristig gesichert werden

*„Eltern sind bereit, für eine qualifizierte Kinderbetreuung auch einen Beitrag zu leisten, bevor die Angebote gestrichen werden müssen.“*

## Antrag: „Sommerferienprogramm des Jugendamtes“

**Der Antrag für den Jugendhilfeausschuss im Wortlaut:**

Jedes Jahr führt das Jugendamt erfolgreich Ferienmaßnahmen für Kinder im Alter zwischen 6 und 14 Jahren durch. Wir haben Erkenntnisse, dass diese Angebote, für die eine verbindliche Anmeldung im Vorfeld erforderlich ist, wenig von Kindern aus sozial schwachen Familien und Migrantenfamilien wahrgenommen werden. Ebenfalls wurde uns von betroffenen Eltern zugetragen, dass sie mehrfach erfolglos versucht hätten, ihre Kinder zu diesen Maßnahmen anzumelden. Sobald das Programm

erscheine oder man von den Angeboten in der Zeitung gelesen habe, habe man angerufen, aber die Plätze seien schon vergeben gewesen.

Auf der anderen Seite wissen wir aus Reaktionen in der Presse und Anrufen in unserem Büro nach der diesbezüglichen Pressemitteilung unserer Stadtverbandsprecherin vom 19.09.03, wie sehr auch berufstätige Eltern auf diese Angebote in Schulferien angewiesen sind, da sie sich nicht die ganze Zeit Urlaub nehmen können.

In unserer Nachbarstadt Gel-

senkirchen zum Beispiel wird unter dem Motto „Ferien am Ort“ gerade berufstätigen Eltern die Möglichkeit geboten, die Hälfte der Ferienzeit ihre Kinder durch Programme in den Jugendeinrichtungen gut betreut zu wissen. Die Beiträge sind nach Einkommen gestaffelt.

Vor diesem Hintergrund bitten wir die Verwaltung, in der Sitzung zu folgenden Fragen Stellung zu nehmen:

→ [im Netz weiterlesen](#)



Fröhliche Ferienangebote für Gladbecker Kinder



Bündnis 90 / DIE GRÜNEN  
Gladbeck

V.i.S.P. Bernd Lehmann  
Stadtverbandssprecher  
Rentforter Straße 43 a  
D-45964 Gladbeck

Telefon: 0 20 43 / 2 54 12  
Fax: 0 20 43 / 2 17 76  
E-Mail: [info@gruene-gladbeck.de](mailto:info@gruene-gladbeck.de)

**Grün wirkt!**

ALLE INFOS FINDEN SIE IM NETZ  
UNTER  
[WWW.GRUENE-GLADBECK.DE](http://WWW.GRUENE-GLADBECK.DE)

#### Zu diesem Newsletter:

Sie erhalten diesen Newsletter, weil Sie sich über unsere Seite in unseren Info-Verteiler eingetragen haben. Es kann aber auch sein, dass Ihnen diese Ausgabe unseres Newsletters von uns oder anderen zugesandt wurde, weil wir meinten, dass Sie Interesse an Informationen über unsere Stadt haben.

Es liegt uns fern, Sie unaufgefordert mit emails zu belästigen. Um den Newsletter zu abonnieren bzw. um ihn (nach einer Anmeldung) wieder abzubestellen, können Sie eine leere e-mail an folgende Adressen senden:

**anmelden:** [gruene-gladbeck-subscribe@domeus.de](mailto:gruene-gladbeck-subscribe@domeus.de)

**abmelden:** [gruene-gladbeck-unsubscribe@domeus.de](mailto:gruene-gladbeck-unsubscribe@domeus.de)

Ein- und austragen können Sie sich auch über unsere Internetseite. Gerne stehen wir Ihnen auch telefonisch, per email oder Fax. zur Verfügung.

## Bundespolitik: Gute Kitas statt Schule ab 4

**Zu den heute vorgestellten Studien vom Prognos-Institut und von Prof. Rürup erklärt Ekin Deligöz, Parlamentarische Geschäftsführerin sowie kinder- und familienpolitische Sprecherin:**

Das heute veröffentlichte Gutachten "Nachhaltige Familienpolitik" von Prof. Bert Rürup zeigt mit Nachdruck, wie wichtig eine gute Infrastruktur bei Erziehung und Bildung ist. Aus vielen Gründen müssen wir genau hier ansetzen, um unsere Zukunfts- und Innovationsfähigkeit unter Beweis zu stellen. Unlängst hat ein Hamburger Gericht Eltern mit einer skandalösen Begründung einen Kita-Platz verweigert. Ob dieses Urteil vor dem Bundesverfassungsgericht Bestand hätte, erscheint fraglich. Die-

ses hat in den vergangenen Jahren demonstriert, dass es auf der Höhe der Zeit ist und sich an den wirklichen Belangen von Kindern und Familien orientiert.

Die in der Prognos-Studie "Bildung neu denken" aufgestellte Forderung nach einer Einschulung von Kindern ab vier Jahren erklärt den Blick auf unsere Bildungsmisere. Tatsächlich gibt es etliche Ansatzpunkte, den Bildungsauftrag besser im gesamten vorschulischen Bereich zu verwirklichen. Kindergärten sollen auch zu Bil-

dungsstätten werden - in Schulen müssen wir sie dazu nicht verwandeln.



Mitglied werden! Grüne testen!

Die Bundesregierung hat mit ihrer "Nationalen Qualitätsinitiative" zukunftsweisende Ergebnisse für den Bereich Betreuung und Bildung vorgelegt. Sie verdeutlichen, wie hochwertige pädagogische Qualität und Bildungsvermittlung in allen Kin-

dertageseinrichtungen Einzug halten können. Notwendig sind besser ausgebildete Erzieherinnen, die Erstellung von Bil-

dungs- und Erziehungsplänen, eine engere und systematische Verbindung zwischen Einrichtung und Familie, u.a.m.

Unter solchen Bedingungen werden Kinder optimal an Bildung herangeführt und können bestmöglich ihre kognitiven und sozialen Kompetenzen entwickeln. Nur wenn diese Elemente zusammenkommen, gelingt der Einstieg in starke Bildungsbiographien, die den Aufgaben eines lebenslangen Lernens gewachsen sind. Der richtige Ort dafür ist die Kita. Eine gewisse Reduzierung des Einschulalters ist zukünftig individuell denkbar, zur Regel sollte dies jedoch nicht werden. Oder man wollte aus den Grundschulen halbe Kitas machen - was gewiss nicht praktikabel wäre.